

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 277

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 150.— M.

Halver

Mittwoch, den 29. November 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 8.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 20.— M.,
Offerten-Beitrag 20.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat in einer Note nach Paris mitgeteilt, daß sie auf dem Standpunkt der Note vom 13. November an die Reparationskommission bestehen bleibt.

* Nach Mitteilungen im Reichsrat beträgt das Defizit des deutschen Haushalts jetzt annähernd 900 Milliarden Mark.

* Am 15. Dezember soll eine neue Verdoppelung der Postgebühren in Kraft treten.

* Aus dem Rheinland kommen beunruhigende Meldungen über neue Unternehmungen der Separatisten unter Smets.

* Die Aussichten für die Konferenz in Brüssel sind infolge der hartnäckigen Forderungen Poincarés nach „Pfländern“ gegenwärtig sehr schlecht.

* In Lausanne entwickelte sich ein englisch-türkischer Gegensatz über die Petroleumquellen von Mossul, wodurch die Konferenz ins Stocken geriet.

Billionenforgen.

Eine der größten deutschen Banken steht sich jetzt veranlagt, an den Schaufenstern ihrer Filialen in der Reichshauptstadt eine kleine, aber inhaltsschwere Änderung der Aufschriften vornehmen zu lassen. Die Summe ihrer Kapitalien und Reserven war dort bisher im Golddruck mit Millionenfiguren angegeben worden; jetzt wird statt dessen das Wort Milliarden an den Fensterstößen befestigt — freibleibend natürlich, denn wer kann wissen, wann auch dieser riesenhafte Zahlenbegriff durch die Ereignisse überholt sein wird!

Ungleich weiter ist schon die Finanzverwaltung des Deutschen Reiches gediehen. Sie kann bereits heute mit Billionensummen rechnen; leider jedoch nur auf der Ausgabenseite. Mit andern Worten: Der Defizitbetrag, den sie von Monat zu Monat höher anschwellen sah, ist nun schon bis dicht an die Billion herangeklettert, und man muß, da das bisherige Tempo der Entwicklung in absehbarer Zeit kaum geringer werden wird, damit rechnen, daß wir mit der Jahreswende den effektiven Übergang zu Billionenziffern werden vollziehen müssen. Der Reichsrat ist dieser Tage, unmittelbar nach der Bildung der neuen Regierung, mit einem sechsten Nachtrag zum Reichshaushalt befaßt worden. Bisher rechnete man im Reichsfinanzministerium „nur“ mit einem Fehlbetrag von 233 Milliarden. Jetzt ist er schon auf 890 Milliarden emporgeschwellt, wovon nur rund 46 Milliarden aus dem Ertrage der Zwangsanleihe werden gedeckt werden können. Bleibt also ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 845 Milliarden — und weder der Verstand der Verständigen noch irgend ein einfaches Kindergemüt kann sich eine Vorstellung davon machen, wie es gelingen soll, diesen wahren Chimborasso von nicht vorhandenen Milliarden der Reichskasse zuzuführen. Zurzeit ist nur noch die Eisenbahnerwaltung in der Lage, ihre Ausgaben mit eigenen Einnahmen zu bestreiten. Die Post verzehret jetzt schon einen Zuschußbedarf von 48 Milliarden, und die uns mit dem sogenannten Moratorium zugeordnete Erleichterung hat infolge der Geldentwertung, die seither fortgeschritten ist, zunächst nur eine weitere Mehransgabe von 17 Milliarden Papiermark notwendig gemacht. Die ursprüngliche Reparationsforderung für den fraglichen Zeitraum betrug 3 Milliarden Goldmark, statt dessen müssen jetzt, trotz des sogenannten Moratoriums, 264 1/2 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt werden. Begreift man danach vielleicht auch im Auslande, daß Deutschland unbedingt für mehrere Jahre von jeder Reparationsleistung befreit werden muß? Begreift man nicht endlich, daß es unmöglich die ungeheuerlichen Besatzungskosten weiter tragen kann, die unsere Handlungs- und Leistungsfähigkeit an allen Ecken und Enden auf das schlimmste belasten? Gegenüber einer Gesamtstärke der deutschen Reichswehr von 100 000 Mann hält die Entente allein das besetzte Gebiet mit 140 000 Mann besetzt, denen wir Wohnung, Nahrung und Verpflegung geben müssen, für die wir unentwegt Kasernen, Flugplätze und Werkstätten bereitzustellen, Militär-, Wohn- und Schul-, und leider auch andere Häuser zu bauen und unnützte Verschwendung auf allen Gebieten zu ermöglichen haben. Um wieder einmal ein Beispiel zu nennen: Ein französischer General bezieht monatlich 1 140 000 Mark Gehalt, ein englischer General gar über 4 1/2 Millionen, ungerechnet die Kinder- und sonstigen Zuschläge. Wenn trotzdem ein durch vierjährigen Krieg geschwächtes, in seiner Wirtschaftskraft, seiner Bevölkerungszahl und seinem Volksvermögen einträchtigtes Volk seit dem Friedensschluß außerdem noch eine Gesamtzahlung von 41 Milliarden Goldmark in bar oder anderen Werten vollbracht hat, so gehört viel Mut dazu, zu behaupten, wie das der französische Ministerpräsident erst kürzlich wieder vor der Kammer getan hat, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziele. Dabei wird die Notwendigkeit, zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt auch mit dem Abbau der Behörden erst zu machen, von der neuen Reichsleitung natürlich nicht bestritten, ebenso die Dringlichkeit der Verringerung der Zahl der Angestellten und Beamten in den verbleibenden Verwaltungen. Man weiß aber, wie heiß dieses Eisen ist, das jetzt angefaßt werden muß, und wird schon aus menschlichen Gründen zugestehen müssen, daß hier nur mit aller Schonung vorgegangen wird. Vorläufig bleibt nichts anderes übrig, als die schon laufenden Anleihekredite noch um rund 400 Milliarden zu erhöhen, unbekümmert darum, wie weit die Dinge bis zum Ablauf des Etatsjahres noch über den jetzigen Tief- oder Hochstand hinaus gediehen sein werden.

Wir sind wahrhaftig schon recht unempfindlich geworden gegen Millionen- und Milliardenziffern. Wenn wir aber nun in die Billionen hineingeraten, so werden wir, für eine Weile wenigstens, doch wieder die Ohren spitzen. Nur daß niemand zu sagen weiß, was aus dieser

Entwicklung noch werden soll. Herr Poincaré vermutlich wird für seine Person aus ihr den Schluß ziehen wollen, daß Deutschland unfähig oder unwillig sei, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Was wir dann von seiner Seite zu gewärtigen haben, darüber besteht in Deutschland volle Klarheit.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Stollkonflikt mit Portugal.

Die schon seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen mit Portugal über den Abschluß eines Handelsvertrages haben bisher zu einem Ergebnis nicht geführt. Portugal hat außerordentlich hohe Forderungen gestellt, sodaß eine Einigung vor dem 6. Dezember, dem Ablaufstermin des bisherigen Vertrages, zweifelhaft ist. Somit ist es nicht ausgeschlossen, daß von diesem Zeitpunkt ab deutsche Waren in Portugal nach dem Maximaltarif verzollt werden.

Ermäßigte Gütertarife für Lebensmittel.

Die zum 1. Dezember d. J. eintretende Erhöhung der Gütertarife bezieht sich nicht auf Kartoffeln und Obst. Hierfür bleiben die bisherigen Sätze weiter in Kraft. Zur Schonung des Exporttarifes wird das Mindestgewicht von 10 auf 5 Kilogramm herabgesetzt. Im übrigen ist eine Änderung der Güterklassifikation beraten worden, die die Verbilligung der Frachten für eine Anzahl von Gütern, insbesondere für Lebensmittel, und die Ermäßigung der Stück- und Silaufschritten bezweckt. Die Zeit des Inkrafttretens dieser Maßnahmen, die noch mit den Verkehrs-sachverständigen beraten werden, steht noch nicht fest.

Versicherungsgrenze in der Krankversicherung.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erledigte eine Vorlage, welche die Grundlöhne für die Krankenversicherung auf 600 Mark und 1800 Mark erhöht und die Versicherungsgrenze auf 720 000 Mark festsetzt.

Apotheker im Gewerkschaftsring.

Der Verband deutscher Apotheker hat sich als Organisation akademisch vorgebildeter Arbeitnehmer dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) und dadurch auch der Spitzenorganisation, dem Gewerkschaftsring, angeschlossen. Gleichfalls hat der deutsche Meisterverband (Eig. M.-Glabach) sich dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsring angeschlossen.

Todesstrafe für Lebensmittelschieber.

Die Fraktion der Bayerischen Mittelpartei brachte im Landtag einen Antrag ein, der von der Staatsregierung alsbald geeignete Maßnahmen fordert, um Molkereiprodukte und Fleisch für die Bevölkerung Bayerns und wichtige andere Teile des Reiches in ausreichender Menge zu erhalten und einer Verminderung ihrer Menge durch Verschiebung ins Ausland mit schärfsten Mitteln, einschließlich der Einziehung des ganzen Vermögens und der Verhängung der Todesstrafe entgegenzutreten.

Die Ruhrindustrie und Frankreich.

Auf einer Düsseldorf-Lagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute erstattete der Vorsitzende Generaldirektor Bögl, M. d. R., einen Bericht über die Lage des deutschen Wirtschaftslebens. Dabei sagte er über das Verhältnis der Ruhrindustrie zu Frankreich, die deutsche Schwerindustrie werde sich weder dem Sozialismus noch dem Imperialismus beugen. Wenn es zu dem erstrebenswerten Zusammenarbeiten mit den westlichen, jetzt französischen Werken kommen sollte, dann nur unter Bedingungen, die unserem nationalen Ehrgefühl entsprächen. Über die Frage „Staatswirtschaft oder Privatwirtschaft?“ sagte er, die drei Millionen Privatwirtschaften könnten in ihrer Initiative nie durch staatliche Faktoren ersetzt werden. Die große Zahl der kleinen und mittleren Betriebe unseres Inlandsmarktes, die breite Schicht des Mittelstandes, habe die allerwichtigsten staatlichen und wirtschaftlichen Funktionen auszuüben.

Deutsch-Österreich.

Die „Sanierung“. Der österreichische Nationalrat hat ohne Debatte in dritter Lesung das sogenannte „Wiederaufbaugesetz“ mit Stimmenmehrheit erledigt, nachdem bereits die Senfer Protokolle und das Vollmachts-gesetz angenommen worden sind. Von feierlicher Stimmung war bei diesem für die Geschichte der Republik Deutsch-Österreichs vielleicht entscheidenden Akt keine Rede. Einer wirklichen Sanierung fühlt man sich keineswegs näher. Zudem kommen schließlich Zweifel, ob nun die Hilfsaktion des Auslandes wirklich gesichert sei.

Großbritannien.

Das Ende der Ausländerverweigerung. Wie verlautet, hat die britische Regierung nicht die Absicht, die Bestimmung des Ausländergesetzes vom Jahre 1919 zu erneuern, wonach kein früherer feindlicher Ausländer während eines Zeitraumes von drei Jahren ohne Erlaubnis in England landen darf. Dennoch erwartet man keinen Zustrom deutscher Einwanderer, da die Bestimmungen der Ausländerverweigerungsverordnung vom Jahre 1920, die weiterhin in Kraft bleibe, dies wahrscheinlich verhindern werden.

Griechenland.

Die politische Krise, die immer noch andauert, ist durch einen Schritt des britischen Gesandten verursacht worden, der sich einer etwaigen Hinrichtung der des Hochverrats beschuldigten Minister widersetzt. Er will die diplomatischen Beziehungen abbrechen und Griechenland unverzüglich verlassen, wenn die Hinrichtung voll-

zogen werden sollte. Inzwischen bildete Oberst Gonatas ein Kabinett mit anderen Mitgliedern des revolutionären Komitees, und zwar aus fünf Offizieren und acht Zivilisten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat hat eine Verordnung der Reichsregierung die Zustimmung erteilt, wonach die bisher geltenden patentamtlichen Gebührensätze auf das Fünftache erhöht werden. Die Verordnung soll am 1. Dezember 1922 in Kraft treten.

Berlin. Der frühere nationalliberale Abgeordnete Paul Fuhrmann, der sich nach der Revolution der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen hatte, ist aus dieser Partei ausgetreten und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

London. Die Arbeitslosen erklären, sie würden in London bleiben, bis der Premierminister bereit sei, ihre Deputation zu empfangen. Die Arbeitslosen in der Provinz werden ersucht, Verstärkungen zu entsenden.

Dublin. Die südtürkischen Regierungstruppen haben den Führer der Aufständischen in Westirland, General Kiron, mit 80 Anhängern in der Grafschaft Mayo gefangen genommen.

Preussischer Landtag.

(188. Sitzung.)

2. Berlin 27. November.

Das Haus überwiegt in seiner heutigen Sitzung eine große Reihe kleinerer Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse. Ein Entwurf über die sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Vermehrung und Ausgestaltung der staatlichen Grenzkommissariate wird damit begründet, daß die heutige Landesgrenze infolge des Abnehmens erheblicher Gebieteile aus dem ehemaligen preussischen Besitzstande beträchtlich verlängert ist und mitten durch dichtbesiedelte und eine enge wirtschaftliche Einheit bildende Gegenden führt. Dadurch haben die Grenzübergänge der Zahl und Bedeutung nach außerordentlich zugenommen. Eine ständige Ausweisprüfung ist nötig, unerlaubte Zu- und Abreise zu verhindern.

Das Haus überweist die vorkliegenden Anträge dem Gemeindeausschuß und verlagert sich dann.

Die Stabilisierung der Mark.

Das Arbeitsprogramm des neuen Kabinetts.

Der neue Reichskanzler Dr. Cuno wird in dieser Woche, in der keine Reichstagsitzungen stattfinden, sich mit seinem Kabinett in die Geschäfte der Regierung einarbeiten. Die Grundlage des Arbeitsprogramms ist bekanntlich die noch vom vorigen Kanzler abgeschandte Note vom 13. November. Dr. Cuno hat nun zunächst

eine neue Note nach Paris

abgeschickt, in der ausdrücklich erklärt wird, die Regierung Cuno stehe, soweit die Note an den Wiederherstellungsausschuß in Frage komme, auf dem Boden der Regierung Wirth. Eine Antwort der Reparationskommission kann wohl nun demnächst erwartet werden. Über die Notwendigkeit, den Hauptpunkt unserer letzten Note, die Stabilisierung der Mark, auch durch innerdeutsche Maßnahmen schnellstmöglich in Angriff zu nehmen, herrscht im Kabinett volle Einmütigkeit.

Wie gegenüber anderslautenden Gerüchten betont werden muß. Ferner muß eine andere Falschmeldung in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Der Berliner Vertreter des „Pariser Journal“ berichtete, Dr. Stresemann habe kürzlich in einer Unterredung mit Barthou erklärt, die deutsche Großindustrie wolle eine oder zwei Anleihen von 20 Milliarden Goldmark (!!) für Reparationszwecke garantieren. Dr. Stresemann stellt demgegenüber fest, daß er solche Zusagen nicht gemacht hat.

Die Brüsseler Konferenz.

Von der die Stabilisierung der Mark in erster Linie abhängt, eröffnet gegenwärtig immer trübere Aussichten. Der Sekretär im amerikanischen Schatzamt hat erklärt, die Vereinigten Staaten können die Frage der Streichung der europäischen Schulden gegenwärtig nicht erörtern. Poincaré aber will von den Besprechungen einer Verminderung der deutschen Wiederherstellungskosten wiederum so lange nichts wissen, als nicht auch gleichzeitig die interalliierten Schulden erörtert würden. Außerdem macht man in Brüsseler Finanz- und Regierungskreisen eine Anleihe zur Festigung der Mark davon abhängig, daß den ausländischen Zeichnern von Deutschland „wertvolle Pfänder“ geboten würden.

Die Vorkonferenz der verbündeten Ministerpräsidenten, in der die Marschroute für Brüssel festgelegt werden soll, wird wohl in der nächsten Woche stattfinden. Die Haltung Poincarés wird auch in einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich für zu unnachgiebig erklärt. Vielfach bezweifelt man überhaupt, ob die Brüsseler Konferenz noch zustandekommt, auch Morgan, der ursprünglich daran teilnehmen sollte, ist inzwischen wieder nach Amerika zurückgereist.

Erneute Erhöhung der Postgebühren.

Ab 15. Dezember.

Der neue Reichspostminister Stinagl beruft die Mitglieder des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium zu einer Sitzung ein. Zur Beratung kommen Sparmaßnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung; ein Antrag auf Einführung von Lebensmittelpaketen zu ermäßigter Gebühr; eine beabsichtigte Änderung des Tarifsystems im Fernsprechverkehr und eine Vorlage des Reichspostministeriums wegen Erhöhung der Post-, Postschek-, Telegraphen- und Fernsprechggebühren. Die Reichspost will die Postgebühren möglichst zum 15. Dezember wieder erhöhen. Bei den Post-, Postschek- und Telegraphen-

geordnet soll es sich im allgemeinen wieder um eine Erhöhung von 100 % handeln; bei den Fernsprechgebühren will man die Grundgebühr auf der bisherigen Höhe lassen, die Gesprächs- und Nebengebühren jedoch verdoppeln und die Ferngebühr um das Zweieinhalbfache erhöhen.

Die oberschlesischen Flüchtlinge.

Eine deutsche Protestnote.

Die deutsche Regierung hat dem Völkerbund eine Note übergeben, in der sie die Beschuldigungen widerlegt, die in einer früheren Note der polnischen Regierung gegen die deutsche Regierung erhoben worden sind und die dahin gehen, daß Deutschland die polnische Minderheit in West-Oberschlesien vernichten wolle. Insbesondere seien nach der Übernahme des deutsch gebliebenen Teiles von Oberschlesien die deutschen Behörden in terroristischer Weise gegen die polnischen Minderheiten vorgegangen, so daß diese in Massen nach Ost-Oberschlesien geflüchtet seien. Demgegenüber stellt die deutsche Regierung fest, daß die Mißhandlungen nationaler Minderheiten,

deren Schauplatz Oberschlesien im Frühjahr 1922 gewesen ist, in Ost-Oberschlesien ihren Anfang genommen haben. Die deutsche Darstellung wird durch ausgiebiges Verweismaterial erhärtet. Die Zahl der Flüchtlinge beweist am besten, daß der größere Terror auf polnischer Seite geherrscht hat. Die polnische Darstellung, daß etwa 20 000 polnische Flüchtlinge West-Oberschlesien verlassen hätten, wird auf das richtige Maß zurückgeführt, während andererseits auf Grund genauer Unterlagen die Zahl der deutschen Flüchtlinge aus Ost-Oberschlesien auf ungefähr 40 000 Köpfe beziffert wird, d. h. es sind aus Ost-Oberschlesien mehr als zweimal so viel Menschen vertrieben worden als aus West-Oberschlesien. Die deutsche Note weist dann ferner die in der polnischen Note erhobenen Beschwerden über mangelnde Einrichtung von Minderheitsschulen in Deutschland zurück und führt weiter aus, daß sie entschlossen ist, das Genfer Abkommen auch weiterhin loyal durchzuführen. Sie muß aber mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß Polen nunmehr seinen Verpflichtungen aus dem Genfer Abkommen endlich gerecht wird und davon abstieht, die Nichterfüllung seiner Verpflichtungen durch unberechtigte Anklagen gegen Deutschland zu verschleiern.

Um das Memelland.

Wieder einmal ist es ein Stück deutschen Kulturbodens, über das die Entente ihre politischen Würfel rollen läßt. Dort, wo einst vor Jahrhunderten deutsche Kolonisten die Wildnis urbar machten, wohnt heute eine rein deutsche Bevölkerung. In Paris aber glaubt man gerade deshalb, daß es gut sei, dieses deutsche Grenzland einem fremden Nachbarn zu überantworten. Nur mußte man nicht recht, wer es in die Hand bekommen sollte. So bestand in Paris lange Zeit der Widerstreit der Meinun-



gen, ob das Schicksal des französischen Imperialismus, die Polen, oder der junge Staat der Litauer der lachende Erbe sein sollte. Die Idee einer Vereinigung mit Litauen ist jedoch in den Hintergründen getreten und der Gedanke, einen provisorischen Freistaat auf 15 Jahre zu schaffen, gewann den Vorrang. Man ist sich überall darüber klar, daß das nur eine Vorstufe der Lösung

Angeworben.

Erzählung von Lothar Brenkendorf.

2) (Nachdruck verboten.)

„Ich bitte deshalb nachträglich um Verzeihung, Herr Wullenweber, und erlaube Sie, meinen Fürsprecher bei Mathilde zu machen. Ich weiß selber kaum, wie es geschehen konnte. Aber ich hatte einen Kameraden aus meiner Freiwilligenzeit getroffen, den Affessor Neuhaus, einen sehr liebenswürdigen Menschen. Wir wollten nur ein Glas Bier miteinander trinken; doch mußte er mich durch allerlei Manöver immer wieder am Aufbruch zu hindern, und dann sah ich zu meinem Schrecken mit einem Male, daß es inzwischen zu spät geworden war.“

„So? Und weil der Abend nun doch „angebrochen“ war, machten Sie sich weiter kein Gewissen daraus, ihn bis zum Morgen auszudehnen und gleichzeitig Ihr mir verpfändetes Ehrenwort zu brechen.“

Aus Rudolf Hildebrandts ohnedies so bleichem Gesicht schien plötzlich auch der letzte Blutstropfen gewichen.

„Dieser Vorwurf, Herr Wullenweber —“ brachte er stotternd und mit bebender Stimme hervor. „Ich weiß nicht, wie Sie auf die Vermutung kommen können, daß ich —“

„Ich will Ihnen nicht verheimlichen, wie ich darauf gekommen bin. Da — lesen Sie selbst! Jemand einer der guten Freunde, in deren Wahl Sie ja, wie es scheint, sehr leibhaftig zu Werke gehen, hat sich veranlaßt gesehen, mir in der Morgenfrühe des heutigen Tages durch einen Dienstmann dieses Billet zu senden. Ich gebe sonst nichts auf anonyme Zuschriften, hier aber sprechen so viele Umstände für die Wichtigkeit der Mitteilung, daß ich ein sehr gewissenhafter Dheim und Vormund sein müßte, wenn ich sie unbeachtet lassen wollte. Können Sie mir mit Handschlag und Manneswort versichern, daß es sich um eine erlogene Anschuldigung, um eine Verleumdung handelt — wohl, so wird es an mir sein, Sie wegen meines unberechtigten Mißtrauens um Entschuldigung zu bitten. Ich erwarte also Ihre Erklärung.“

Rudolf hatte sich auf den Stuhl neben dem Schreibtisch niedersinken lassen und starrte nun minutenlang in das dargelegte Briefblatt, dessen Inhalt er doch mit einem einzigen Blick hätte in sich aufnehmen können. Es war ein schwerer Kampf zwischen seinem Ehrgefühl und der Furcht vor einer peinlichen Beschämung, den er zu bestehen hatte. Aber das Ehrgefühl behielt doch endlich den Sieg.

gen Angliederung an Polen sein soll. Im ganzen Deutschen Reich wird daher diese Lösung den schärfsten Protest auslösen, denn auch das ist nichts anderes als eine Vergrößerung des Selbstbestimmungsrechts und ein Raub an deutschem Boden und am deutschen Volke.

Petroleumkrieg in Lausanne.

Die Amerikaner rühren sich.

Die Konferenz von Lausanne, die eigentlich den Frieden im Orient bringen soll, wächst sich immer mehr zu einem englisch-türkischen Streit um die Petroleumfelder von Mossul aus, in dem jetzt auch die Amerikaner ihre Interessen anmelden. Die Türken fordern die bedingungslose Rückgabe der Distrikte von Mossul, Sulemanieh und Kirkuk, während die Engländer erklären, sie besäßen ganz Mossul infolge eines ihnen vom Völkervund übertragenen Mandates und könnten infolgedessen nicht mehr frei darüber verfügen. Die Türken beharren jedoch auf ihrem Standpunkt und drohen, daß sie gegebenenfalls die Verhandlungen abbrechen. Schon jetzt spricht man von einer möglichen Vertagung der Orient-Konferenz um Mitte Dezember, um zunächst einmal die Reparationskonferenz stattfinden zu lassen und die Orient-Konferenz dann etwa um Mitte Januar wieder einzuberufen. Inzwischen hat der Vertreter Amerikas in Lausanne, Chubb, das Prinzip der offenen Tür im Orient proklamiert und man befürchtet daher, daß die Amerikaner alle bisherigen Abmachungen mit der Türkei als null und nicht ansehn.

Sorales und Provinzielles.

Salver, 29. November 1922.

□ Dezember. Ist der Mai der Monat, in dem die erneuerte Natur ihren höchsten Triumph feiert, so triumphiert im Dezember der Mensch. Die Umwelt schaut ihm mit eisiger Feindseligkeit entgegen: hartgefroren ist die Erde, lahl starren die Gerippe der Bäume, Blattgrün und Blütenfarben sind verschwunden, die Zugvögel haben freundlichere Gegenden aufgesucht, ein Teil der Tiere verschläft die harte Zeit, und nur im Wald das Wild und die heimattreuen unter den Vögeln stehen gleich uns im Kampf mit der Härte des Winters. Da ist der Mensch in das eigene Innere eingekehrt und hat es aufs neue entdeckt. Und die Lichter der Liebe, die er entzündet, leuchten aus dem Grün der Nadelbäume heraus und überstrahlen die Ode des Winters. Da die Natur larg geworden ist, schenkt der Mensch. Inmitten der Kälte ward ihm die Liebe geboren. Die Vorfreude des Gebens und Empfangens überflutet den ganzen Monat, sich allmählich bis zu dem Fest der Liebe steigend und nachzitternd in der Woche des Beschauens und Besinnens, die bis zur Jahreswende sich anschließt. Voll frischen Hoffens schaut der Blick hinüber in den neuen Abschnitt der Zeit; denn wie aus tiefstem Verlassenheit die Liebe wächst, so liegt in der Tiefe des Niedergangs der Reim zu neuem Aufsteig. Den „Wintermonat“, „Harmonat“, „Wollmonat“ hat das Christentum zum „Christmonat“ umgeschaffen. Die dunklen Tage des Dezembers waren von altersher bewegt von dem Raunen und Leben einer freundlichen Geisteswelt. Um die Wintermonatswende hielten die Seelen der Verstorbenen ihren Umzug und teilten Schmaus und Gelage der Lebenden. Denn ein Fest der Freude beging in diesen Tagen auch die heidnische Zeit.

□ Ausgabe neuer Steuermarken. In letzter Zeit sind Klagen über die ungenügende Belieferung der Postanstalten mit Einkommensteuermarken laut geworden. Der vorhandene Mangel erklärt sich daraus, daß infolge der gestiegenen Löhne und Gehälter eine verstärkte Nachfrage eingeleitet hat, und daß die Reichsdruckerei nicht in der Lage war, den Bedarf in vollem Umfange zu decken. Doch wird der Mangel in kurzer Zeit behoben sein, und auch die Ausgabe neuer Marken zu 500, 1000 und 2000 Mark ist bereits vorbereitet.

— * Vorläufig keine Streckung des Brotes mit Kartoffeln. Auf eine Eingabe des Ausschusses der Reichsmüllerei-Verbände hat das Reichsernährungsministerium mitgeteilt, daß einstweilen eine erhöhte Ausmahlung des für Markenbrot bestimmten Brotgetreides und eine Streckung des Brotes mit Kartoffeln oder Kartoffelfabrikaten nicht in Aussicht genommen ist.

— * Fahrplanänderungen ab 1. Dezember. Am 1. Dezember treten auf verschiedenen Strecken, so für Vennep-Bermelskirchen, Krebsböge-Kräwinkelbrücke,

ohne den Kopf zu erheben, sagte er mit tonloser Stimme: „Was in diesem Briefe steht, ist die Wahrheit.“

„Sie haben also gespielt, obwohl Sie sich mir gegenüber mit Ihrem Wort verpflichtet hatten, es nie mehr zu tun. Wissen Sie auch, welchen Namen eine solche Handlungsweise verdient?“

„Ich weiß es, und Sie dürfen versichert sein, Herr Wullenweber, daß ich mir selber keinen von den Vorwürfen erlaube, die Sie mir jetzt machen könnten. Aber es fing so harmlos an — mit ganz geringfügigen Einsätzen — und wenn ich nicht unglücklicherweise etwas mehr getrunken hätte, als ich extragen kann — dieser Affessor muß es geradezu darauf abgesehen haben, mich zu verführen, er allein trägt die Schuld an allem.“

„Nein, Rudolf, nicht jener Affessor, sondern einzig Ihre eigene Charakterchwäche dürfen Sie für diese neue schwere Verirrung verantwortlich machen. Natürlich haben Sie verloren — und eine große Summe, nicht wahr?“

„Ja, Herr Wullenweber, eine sehr große, für meine Verhältnisse fast ungeheuerliche Summe: mehr als fünftausend Mark.“

„Und Sie sind nun außerstande, diese Spielschuld zu bezahlen?“

„Jetzt zum erstenmal wagte es der junge Mann, seinem Chef wieder ins Gesicht zu sehen. „Ich habe es wohl durch meinen Wortbruch verdient, daß Sie mir auch diese Ehrlosigkeit zutrauen. Aber Sie tun mir unrecht. Ehe ich hierher kam, habe ich das Geld bereits von der Bank geholt, um es sofort dem Affessor, der es mir abgenommen, zuzustellen zu können. So viel Besinnung hatte ich mir doch bewahrt, daß ich nicht mehr verspielt haben würde, als ich wirklich besaß.“

„Nun, ich will Ihnen glauben, daß es sich so verhält, und will Ihnen auch die Offenheit, die Sie mir soeben gezeigt haben, gewissermaßen als Entschuldigung anrechnen. Hätten sich solche Mißverstandungsgründe nicht gefunden, so wäre ich genötigt gewesen, Sie einfach zu entlassen und jegliche Beziehung zwischen Ihnen und meinem Hause zu lösen.“

In Rudolf Hildebrandts bleiche Wangen stieg jäh eine heiße Rote.

„Herr Wullenweber —“

„Sie hören ja, daß ich von diesem Neussersten vorläufig noch Abstand nehmen will. Andererseits aber dürfen Sie selbstverständlich nicht erwarten, daß nach einem solchen Vorkommnis zwischen uns alles beim alten bleibe. Meine Nichterwartung, wie ich selbst haben einstweilen das Vertrauen in Ihre

Wipperfurcht-Hüdeswagen-Vennep Aenderungen in den Abfahrtszeiten der Züge in Kraft. Diesbezügliche Auskünfte befinden sich auf den Bahnhöfen.

— * Auf 10 Mark kommt's nicht mehr an.

Die nachträgliche Einziehung oder Auszahlung kleiner Frachtbeträge verursacht der Reichsbahn häufig mehr Verwaltungskosten, als die Beträge wert sind. Die Reichsbahn will in solchen Fällen künftig von der Einziehung oder Rückzahlung bis zum Betrage von 10 Mark absehen, allerdings nur versuchsweise. Die Dienststellen haben darüber besondere Nachweisungen zu führen.

□ Schalksmühle, 28. Nov. In der Nacht von Samstag auf Sonntag ist in den Fabrikräumen Dreherei der Firma Falkenrath Söhne hier selbst ein Einbruch verübt worden. Soweit festzustellen war, ist Rotzup im Werte von mindestens 100 000 Mk. entwendet. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

+ Neuenhaus bei Kierspe, 28. Nov. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, findet am Samstag, den 2. Dez. abends 6 1/2 Uhr eine Generalversammlung der „Nachbarschaft Neuenhaus“ statt. Die Mitglieder werden gebeten bis dahin die Personalien mit Geburtsdatum ihrer Angehörigen vorzulegen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß nach dem 15. Dez. d. J. der Eintritt für neu beizutretende Mitglieder bedeutend erhöht wird. Es tut darum ein jeder auf, sich bis dahin aufnehmen zu lassen. Wer es mit sich und seinen Angehörigen gut meint und die Zeichen der Zeit nicht allein versteht, sondern auch verspürt, solle nicht veräumen, diese allgemeine Nützlichkeit helfen zu fördern.

Kemtscheid, 24. Nov. Unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen wird es kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern immer schwerer gemacht, ihr Geschäft selbständig fortzuführen. So haben am letzten Montag 9 bisher selbständige Schuhmacher bei der Bergischen Stahlindustrie als Arbeiter angefangen. Ueberhaupt kann man sagen, daß der dritte Teil aller selbständigen Schuhmacher Kemtscheids die Werkstatt geschlossen und sich andere Arbeit gesucht hat.

Düren, 27. Nov. Von der Generalversammlung des selbständigen Mittelstandes in Stadt und Kreis Düren wurde gegen den verallgemeinerten Vorwurf des Wuchers scharfster Einspruch erhoben. Eine durch nichts widerlegbare Tatsache sei es, daß von geringen Ausnahmen abgesehen, der selbständige Mittelstand, Handwerker sowohl wie Einzelhandel, durch die Entwertung der Mark einen großen Teil seiner Vermögenssubstanz verloren habe, so daß seine Existenz schwer gefährdet sei. Aus dieser Erwägung heraus müsse auch gegen die einseitige Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Gewerbesteuer nachdrücklich Einspruch erhoben werden. Im Zusammenhang mit diesem Protest wurde baldigste Verabschiedung des Landessteuergesetzes, sowie Wiederherstellung des Rechtes der Kommunen, Zuschläge zu den Einkommensteuern zu erheben gefordert. In dem baldigst zu verabschiedenden neuen Gewerbesteuergezet müsse die Klasseneinteilung beseitigt, die größere oder geringere Leistungsfähigkeit der Gewerbetreibenden besser als bisher berücksichtigt, bei der Veranlagung grundsätzlich der Durchschnittsvertrag der drei letzten Geschäftsjahre zugrunde gelegt und die Gewerbesteuerpflicht auf die freien Berufe und die Landwirtschaft ausgedehnt werden.

Rah und Fern.

□ Wieder neue Tausendmarksheine. Von den Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum vom 15. September 1922 wird demnächst eine fünfte Serie ausgegeben. Das Papier ist weiß und trägt ein über die ganze Fläche sich wiederholendes, natürliches Wasserzeichen. Die Nummer in der linken oberen Ecke der Vorderseite ist in violetter Farbe gedruckt.

□ Ein neuer Amerikadampfer. Auf der Vulkanwerft in Stettin lief ein für den Norddeutschen Lloyd in Bremen erbaute, 14 400 Tonnen großer Passagier- und Frachtdampfer, der für die Amerikafahrt bestimmt ist, vom Stapel. Das Schiff erhielt von dem Ersten Bürgermeister Schmidt-München den Namen „München“.

Charakterfestigkeit verloren, und Ihre Sache muß es sein, es sich zurückzugewinnen.“

„Ihre Rechte — sagen Sie? O, Herr Wullenweber, Sie haben also auch Mathilde diesen abscheulichen Brief gezeigt? Was heißt das, was nicht wohlwollend gehandelt — das war nicht recht.“

„Es war meine Pflicht. Die Verantwortlichkeit für Mathildens Glück gebot es mir. Sie wissen, daß ich nur nach langem Zögern Ihrer Werbung um die Hand meiner elternlosen Nichte insoweit Gehör geschenkt habe, daß ich Ihnen gestattet, mein Haus zu besichtigen und mir dadurch Gelegenheit zu näherer Bekanntschaft mit Ihrem Charakter zu geben. Ich schätze Sie als einen begabten und fleißigen Menschen, der es in seiner kaufmännischen Tätigkeit bei ernstem Willen zu etwas bringen wird, und ich habe von Ihrer Gemütsart eine durchaus günstige Meinung. Aber ich kenne auch Ihren Gang zu einem leichtfertigen Leben und den bedauerlichen Mangel an Selbstbeherrschung, den Sie schon wiederholt gewissen Lockungen gegenüber an den Tag gelegt haben. Namentlich Ihre Neigung zum Spiel —“

Herr Wullenweber, ich —“

„Lassen Sie mich gefälligst ausreden! Namentlich Ihre Neigung zum Spiel war es, die mich ernstlich beunruhigte, und die mich beinahe veranlaßt hätte, Ihnen auf Ihren Antrag eine verneinende Antwort zu geben. Sie werden ja unsere damalige Unterredung noch nicht vergessen haben, Rudolf!“

„Nein, ich erinnere mich ihrer sehr wohl. Und ich weiß auch, ohne daß Sie es mir nochmals ins Gedächtnis zurückrufen, daß ich Ihnen an jenem Tage mein Wort verpfändete, nie mehr eine Karte anzunehmen. Ich habe es gebrochen, aber ich war halb unzurechnungsfähig, als ich es tat, und ich schwöre Ihnen —“

„Halt, schwören Sie nicht! Welchen Wert könnten solche neue Versicherungen in diesem Augenblick für mich haben! Ehe ich Ihnen mein Vertrauen wieder zuwenden kann, muß ich die sichersten Beweise dafür besitzen, daß Sie es auch verdienen, und dazu reichen bloße Worte nicht mehr hin. Ist Ihnen ernstlich daran gelegen, Mathildens Hand zu gewinnen, so werden Sie auch vor der Probe nicht zurückschrecken, die wir von Ihnen verlangen.“

Die ernste, fast feierliche Art seines Chefs beunruhigte Rudolf immer mehr.

„Eine Probe? Ich verstehe nicht recht, Herr Wullenweber —“

(Fortsetzung folgt.)

Worauf es ankommt.

Wie der Privatmann, so haben auch einzelne staatliche Einrichtungen besonders empfindliche Stellen. Als bei der Beratung der Getreidemenge im Ausschuss des Reichstags beantragt wurde, durch die Reichsgetreidekasse bei jeder Erhöhung der Abgabepreise den Anteil der inländischen Landwirtschaft an dem neuen Brotpreis bekanntzugeben, wurde dagegen geltend gemacht, es könne das Volk gegen die Regierung beeinflusst und die ganze Republik gefährdet werden. Die Mehrheit des Ausschusses hat dann auch beschlossen, solche gefährliche Wahrheit nicht auszusprechen. Daraus ergibt sich aber die Ungerechtigkeit, daß bei der ständigen Erhöhung des Preises auch für das Marktbrot von Agitationsbestrebungen immer wieder entgegen der Wahrheit verbreitet wird, die Landwirtschaft sei an jeder einzelnen Brotvermehrung schuldig.

Eine ähnlich empfindliche Stelle scheint mit Angaben getroffen zu sein, die über die Verwaltungskosten der Reichsgetreidekasse in einzelnen Zeitungen gemacht worden sind. Hier hat man diese Verwaltungskosten auf 6% Millarden berechnet. Die Reichsgetreidekasse macht dagegen Front; diese Annahme sei grundfalsch errechnet worden. In Wahrheit seien ihre Verwaltungskosten äußerst gering, etwa 1% Pfennig auf das Pfund Brot. Unterstellt man diese Mitteilung als wahr, so bleibt immer noch die Frage, warum die Reichsgetreidekasse die durch sie entstehende Belastung der Verbraucher nur auf das einzelne Pfund Brot berechnet angibt und mit der Mitteilung zurückhält, wie hoch sich dann eigentlich auch nach ihrer eigenen Berechnung insgesamt diese Verwaltungskosten stellen. Um aber kurz und rund herauszusagen: Es ist nicht das Entscheidende, ob die Reichsgetreidekasse den deutschen Brotvergehrern 6% oder 5% oder — man hat Bedenken, noch tiefer zu steigen — 4% Milliarden aufbürdet. Das Maßgebende ist vielmehr, daß durch sie der Brotverbrauch um Milliarden belastet wird und daß so in einer Zeit, die auf Steigerung der produktiven Arbeit drängen sollte, zugunsten der unproduktiven Getreideverteilungsbürokratie Milliarden aufgebracht werden müssen. Daß Tausende aus privatwirtschaftlichen Gründen um den Fortbestand der Reichsgetreidekasse kämpfen, wird ihnen nicht verdrast. Aus volkswirtschaftlichen Gründen aber könnte sich auch ein reichs Volk den Luxus der Verteilungsbürokratie auf die Dauer nicht leisten.

Fermentation von Tabak am Ofen!

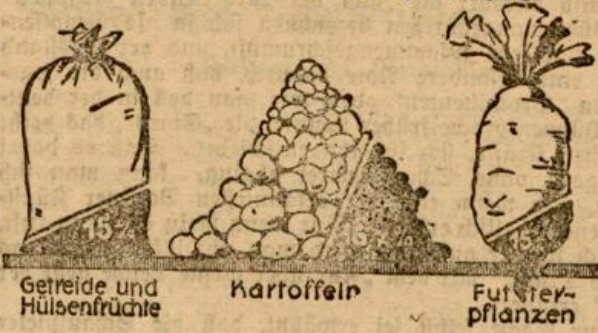
Die Bereitung von gutem wohlschmeckenden Rauchtabak auch aus kleinsten Ernten ist durch Verwendung des Tabakfermentierungsmittels „Tabeizim“ möglich. Während man früher aus geringen Mengen Tabak nur unter be-

sonders günstigen Verhältnissen eine einigermaßen brauchbare Ware erhielt, kann durch „Tabeizim“ jede Tabakmenge in kürzester Frist in gutschmeckenden Tabak umgewandelt werden.

„Tabeizim“ kann durch die Saatgut-Abteilung der Verkaufsstelle des Reichs-Landbundes, Berlin SW. 11, Dessauer Straße 26, bezogen werden.

Die Flasche A, ausreichend für 4 Pfund Rohtabak, kostet 80 M.
Die Flasche B, ausreichend für 8 Pfund Rohtabak, kostet 160 „
Die Flasche C, ausreichend für 30 Pfund Rohtabak, kostet 500 „
Ein Tabeizimzerstäuber, unbedingt notwendig, kostet 35 „
Ein Tabakbuch, Winke und Erfahrungen, kostet 50 „
Die Fermentation geschieht am zweckmäßigsten am Ofen. Die dachreifen Blätter (geschnitten oder als Blatt) werden mit „Tabeizim“ fein bestäubt und in eine Kiste gepackt. Um diese wickelt man ein feuchtes Tuch, darüber ein wolleues (ähnlich Prießnitzumschlag) und stellt sie 8 Tage lang an einen warmen Ofen. Wenn dieser abends ausgeht, so umwickelt man die Kiste gut mit Papier, damit die Wärme im Innern erhalten bleibt. Man muß nur Obacht geben, daß das erste Tuch ständig feucht ist. — Auch gekaufte, schlecht brennende und schmeckende Tabake kann man durch „Tabeizim“ mild, angenehm und gut brennend machen.

Die Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Gebietsverluste



Kurz zusammengefaßt betragen unsere Verluste durch die Gebietsabtretungen bei:

Getreide- und Hülsenfrüchten	15 %
Kartoffeln	16,7 %
Futterpflanzen	15,2 %

unserer bisherigen Erzeugung.

Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche hat eine Einbuße um 14,22 %, die Forsten und Holzungen eine solche um 10,7 % erfahren.

Ebenso hat der Viehstand gestitten, aus dessen durch die Gebietsverluste stark reduzierten Bestände dann noch die gewaltigen Viehlieferungen an die Entente 1919 und 1920 zu erfolgen hatten.

Die Zusammenstellung ist eine eindringliche Mahnung zu gesteigerter Erzeugung im Sinne der Landbünde.

Arbeiter und Angestellte.

Danzig. (Buchdruckerstreik.) Die Danziger Buchdruckergehilfen sind in den Ausstand getreten. Sie verlangten, daß die sog. Danziger Zulagen sofort auf 50 % des jeweiligen Reichstagsarbeitslohs erhöht werden. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Volkstimme und einer polnischen Zeitung sind die Zeitungen nicht erschienen.

Prag. (Einigung im Bergarbeiterstreik.) Bei den Beratungen zwischen den koalitierten Bergarbeiterverbänden und den Vertretern der Kohlengrubenbesitzer wurde in allerfrühesten Pünktchen eine Einigung erzielt. Der Streit wird für die Arbeiter keine schädlichen Folgen haben. Der Vertrag soll bis 15. Januar 1923 Gültigkeit haben. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden.

Welt und Wissen.

Bakteriologenkongress. In Paris ist eine Konferenz von Bakteriologen Deutschlands, Frankreichs, Österreichs, Belgiens, Dänemarks, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Japans, Polens, Rumaniens, Rußlands und der Schweiz unter Leitung der hygienischen Organisation des Völkerbundes eröffnet worden. Es sollen die Ergebnisse der von den verschiedenen bakteriologischen Instituten seit der Londoner Konferenz im Dezember 1920 über die Serumreaktion angestellten Untersuchungen verglichen werden. Die Konferenz wird sich mit dem Serum für Dysenterie (Ruhr), Diphtherie, Starrkrampf, Lungenleiden und mit der Serumbiologie der Syphilis beschäftigen.

Briefkasten.

N. D. Schalksmühle. Nachstehende Firmen liefern Gummirollen etc.: Gummiwerke Elbe A.-G. Klein Wittenberg, Bez. Halle; Aug. Kibele & Cie., Weizenfels; Gottfr. Hagen, Köln-Ralt; Gummi-Werke, Fulda.

Kölner Frühdevisen. Der Dollar — 8200

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat November 150,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Auslieferung usw. können Bezüge und Inserenten keine Erklärungsansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Stall Karlen.

Max Bager
Martha Bager
geb. Clever
Vermählte.

Ennepe, den 30. November 1922
Post Schwenke



Wilhelm Stallmann
Hagen W. Rathauspassage
Kornstr. 5a. Fernruf 295

Wegen der bevorstehenden Brotpreiserhöhung werden die Brotmarken der laufenden Woche Nr. 48 sowie der Vorwoche nur bis Freitag, den 1. d. Mts., abends 6 Uhr, mit Brot beliefert.
Halver, den 27. Nov. 1922. Der Amtmann.

Amt Kierspe. Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuerrollen der Gemeinden Kierspe und Rönnsahl für 1922 liegen vom 29. d. Mts. an eine Woche lang am hiesigen Amt, Zimmer 1, bezw. beim Herrn Gemeindevorsteher Müller zu Bürenhausen zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks offen.

Kierspe, den 27. November 1922.

Der Amtmann: Hildebrandt.

Bekanntmachung.

Die bisher ausgestellten Bescheinigungen über gewerbliche Weiterverarbeitungen von Luxusgegenständen verlieren mit dem 31. Dezember d. J. ihre Gültigkeit. Anträge auf Ausstellung einer Bescheinigung für das nächste Jahr sind bis zum 1. Dezember dem Finanzamt, Abteilung Umsatzsteuer, unter genauer Angabe der Gegenstände einzureichen. Die alte Bescheinigung ist zurückzugeben.

Lüdenscheid, den 24. November 1922.

Finanzamt

Dr. Plew, Regierungsrat.

Amt Lüdenscheid.

Die Ausgabe der Brots- und Zuckermarken findet statt:

für die Landgemeinde Lüdenscheid
Donnerstag, den 30. November 1922
Brügge (Wirtschaft Binnepe) vormittags 9—12 Uhr, nachmittags 2—5 Uhr,
Augustenthal vorm 9—12 Uhr, nachm 2—5 Uhr,
Oberrahmede " 9—12 " " 2—5 "
Zum Hölle " 9—12 " " 2—5 "
Mühlensrahmede " nachm. 2—6 Uhr,
für die Grenzbezirke im Amtshaus, Zimmer Nr. 3, vorm. 9—12 Uhr, nachm 3—6 Uhr

Für die Gemeinde Hülfscheid
Mittwoch, den 29. November 1922, in Heesfeld, Donnerstag, den 30. Nov. 1922, in Dahlebrück.
Die Ausgabe der Brots- und Zuckermarken erfolgt nur gegen Vorlage des Lebensmittelanweises. Für den Empfang von Brotmarken ist der Steuerbescheid von 1921 vorzulegen. Wer unrechtmäßig Brotmarken abholt, wird zur Anzeige gebracht. Diejenigen Personen, die nicht im Besitze eines Lebensmittelanweises sind, können ihre Marken im Amtshaus, Zimmer 3 in Empfang nehmen. Die Büros des Amtshauses — mit Ausnahme Zimmer 3 — sind am Ausgabebtage geschlossen.

Der Amtmann.

ACHTUNG!

Komme Donnerstag, den 30. November nach Wirtschaft und Spediteur Vormann, Frankfurterstraße.

Kaufe alle Sorten Felle zu hohen Preisen

Kaninfelle nach Farbe u. Größe Stck. 200—600 M.
Hasenfelle (Winter) . . . pr. Stck. 600 Mk.
Ziegenfelle Ia. . . pr. Stck. 2500—3000 M.
Katzenfelle . . . pr. Stck. 500 M.
Alle Wildfelle Füchse, Marder, Iltis hoher Tagespreis.
Ankauf 9 Uhr morgens bis 3 1/2 Uhr nachmittags.

August Jäger, Häute und Felle, Remscheid.
Adlersstraße 15. — Telefon 1386.

Postkarten

schnell

sauber

billig

Gebrauchten, gut erhaltenen

Herd

zu verkaufen.
Wo sagt die Geschäftsst. des Allg. Anz., Halver.

Gute Pumpe

nebst Blei- und Kupferrohr zu verkaufen.

Von wem sagt d. Geschäft des Allg. Anz., Halver

Zum baldigen Eintritt ein ordentliches

Mädchen

gesucht.
Frau Max Dumberg, Deckinghausen

Kapitalist

sucht bei voller Auszahlung Privat- oder Geschäftshaus evtl. auch größeres Unternehmen. Angebote nur von Besitzer erbeten.

Joh. Dinklage, Meppen.

Neu eröffnet!

2123

Für

Gold

Silber

Platin

Gebisse

Quecksilber

Brillanten

Gegenstände, wie Uhren, Ketten, Ringe usw. zahlt die höchsten Preise zum Einschmelzen

Goldbörse

HAGEN I. W., Neumarktstr. 12.
3 Minuten vom Hauptbahnhof.

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN I. W. G. m. b. H.

— Fernruf 3173. —

Treibriemen-Fabrik. 2009

Kernleder-Treibriemen für jede Betriebsart. Riemenreparaturen

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen Transportgurte und Förderband: Näh- und Rinderriemen: Rund- und Kordel-Schnur Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Inserieren bringt Gewinn!

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

beforgt ohne Preisauflage die

Geschäftsstelle des

Allgemeinen Anzeigers,

Halver.

Nachbarschaft Neuenhaus.

General-Versammlung

Samstag, den 2. Dez., abends 6 1/2 Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes.
2. Vorlegung und Genehmigung der Statuten.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Am vollständigen Erscheinen Bittet

Der prov. Vorstand.

Für die hiesige Amtspartasse wird ein in kaufmännischer Buchhaltung vorgebildeter

Buchhalter-

Anwärter

gesucht.

Ausführliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen ersuchen umgehend.

Halver, 27. Nov. 1922.

Der Amtmann.

Wir suchen per sofort oder später für unser Kontor

Fräulein,

welches mit allen vor kommenden Kontorarbeiten vertraut und besonders in Stenographie und Schreibmaschine perfekt ist. Respektiert wird nur auf erstklassige Kraft.

Schriftl. Angebote an

Aluminium- und Metallwerk

Degenhardt & Sippel,

Halver i. W.

Junger Kaufmann

27 Jahre alt, mit umfassenden Branchenkenntnissen, fähig in allen vor kommenden Arbeiten, z. B. Geschäftsführer einer alten Eisenwaren-, Kurz- und Haus-

haltswaren-Großhandlung im Kohlenrevier, sucht sich umständehalber ins Vollmetall oder Umgegend passend, zu verändern. Stellung, die besonders Vertrauen erfordert, wird bevorzugt.

Angebote unter B. 2200 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz., Halver, erbeten.